

Aktuelles und Kommentare

Bericht über das Kolloquium *Frauen in politischen Führungspositionen – Frauen und Politik* an der Fachhochschule in Esslingen am 29. und 30.10.1994

Heide-Marie Lauterer, Virginia Penrose

Auf Einladung von Birgit Meyer und Regine Marquardt (Fachhochschule für Sozialwesen Esslingen) fand in Esslingen am 29. und 30.10.1994 ein interdisziplinäres Kolloquium zum Thema „Frauen in politischen Führungspositionen – Frau und Politik“ statt. 14 Wissenschaftlerinnen aus Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialpädagogik und Geschichte nahmen daran teil und diskutierten anhand von Impulsreferaten über die historische Dimension des Themas, über vergangenes und aktuelles Politikverständnis sowie über Methodenfragen.

Zunächst berichteten die beiden Historikerinnen Heide-Marie Lauterer (Heidelberg) und Gabriella Hauch (Linz) über ihre Forschungen zu Politik und Politikverständnis der ersten Parlamentarierinnen in der Nationalversammlung der Weimarer Republik sowie im Nationalrat der Ersten Republik in Österreich. In der anschließenden Diskussion brachte der Vergleich der frauenpolitischen Situation der beiden Nachbarländer interessante Unterschiede zutage: In Deutschland wurden vor allem solche Politikerinnen von ihren Parteien zur Wahl aufgestellt und gewählt, die sich in den Frauenorganisationen der Parteien, in den Gewerkschaften und den Organisationen der Frauenbewegung engagiert hatten; in Österreich kamen dagegen die frauenbewegten Frauen (beispielsweise des *Allgemeinen österreichischen Frauenvereins*, der 1893 gegründet wurde) nicht in den Nationalrat. Anders als in Deutschland war diesen Frauen die Integration in die Parteien der Liberalen und der Sozialdemokratie nicht gelungen. In Deutschland überwogen die Sozialdemokratinnen, die 19% der Parlamentarierinnen (insgesamt 37) stellten. Trotz des insgesamt hohen Anteiles frauenbewegter Frauen, die sich zum Teil bereits aus der gemeinsamen frauenpolitischen Arbeit und aus gemeinsamen Wahlkampfkampagnen kannten, kam es in der deutschen Natio-

nalversammlung kaum zu gemeinsamen, überfraktionellen frauenpolitischen Aktionen. In Österreich radikalisierte sich die Wählerinnenschaft erst gegen Ende der 20er Jahre: Die Wahlbeteiligung der Frauen war von 1919 bis 1933 um vier Prozentpunkte gestiegen, eine Entwicklung, die den sozialdemokratischen Politikerinnen zugute kam.

Leonie Wagner (Kassel) berichtete anschließend über ihre Studie zum Thema „Weiblichkeitskonzeptionen führender Frauen im Nationalsozialismus zwischen 1923 und 1945“. Sie untersuchte vor allem die Ideologie in Propagandaschriften von Elsbeth Zander (Deutscher Frauenorden), Guida Diehl (Neulandbund) Lyda Gottschewski (Reichsleiterin BDM, Leiterin der NS Frauenschaft), Paula Siber (Referentin für Frauenfragen im RMI) und Gertrud Scholtz-Klink (Reichsfrauenführerin).

Am zweiten Tag eröffnete Birgit Meyer (Esslingen) die Diskussionsrunde mit einem Bericht über Ergebnisse aus ihrer gerade abgeschlossenen Studie zum Politikverständnis von Frauen in Führungspositionen. Besonders interessant war hier der Generationenvergleich von Parlamentarierinnen der Nachkriegszeit mit Politikerinnen der 70er und 80er Jahre in der BRD. Politikerinnen der frühen Nachkriegszeit nannten als stärkste Motivation für ihr politisches Engagement das „Gefühl, gebraucht zu werden“ und das Bedürfnis, sich für Schwächere einzusetzen. In den 70er und 80er Jahren sahen viele der interviewten Frauen in der Politik eine Herausforderung und begriffen Politik als „ihren“ Beruf. Bei vielen Jüngeren fällt auf, daß sie weder aus der Frauenbewegung kamen noch eine spezielle Frauenpolitik betreiben wollten. Nach ihrem Verständnis schloß ihre Politik immer auch Politik für Frauen ein.

In der folgenden Diskussion hinterfragte Carol Hageman-White (Hannover) den „erweiterten“ Politikbegriff Birgit Meyers. Forscherinnen, wie die leider aufgrund anderer Verpflichtungen nicht anwesende Historikerin Annette Kuhn (Bonn) sowie Birgit Meyer, sehen in der (gesellschaftlich notwendigen) Subsistenzarbeit der Nachkriegszeit, die vor allem von Frauen geleistet wurde, bereits eine politische Dimension. Carol Hagemann-White wandte sich gegen diese Gleichsetzung von Subsistenzarbeit und Politik und plädierte für einen Politikbegriff mit fest umrissener Definition.

Im gemeinsamen Gespräch entwickelten wir in der Folge einige Kriterien, die erfüllt sein müssen, wenn wir von Politik sprechen: so z. B. die Bereitschaft, über die eigenen Bedürfnisse hinaus für und mit anderen zusammenzuarbeiten; die Herstellung von Öffentlichkeit z. B. über Frauenverbände oder Frauenausschüsse; die notwendige Bindung von Politik an Institutionen, Regeln, Netzwerke und Gruppen. Zu unterscheiden sei ferner zwischen einem auf Erfahrung basierendem, vorwissenschaftlichen Politikverständnis, wie wir es in Interviews mit Zeitzeuginnen finden, und einem etwa an marxistischer Theorie geschulten analytisch gewonnenen Politikbegriff. In der ausgesprochen lebhaften Diskussion wurde deutlich, wie wichtig darüberhinaus eine Verständigung über unsere oft nicht eigens explizierten Vorstellungen von Politik ist und darüber, wie unsere Werteskala lautet, mit deren

Hilfe wir entscheiden, was als politisch relevant bzw. irrelevant zu gelten hat.

Es folgte ein Beitrag von Helga Bilden (München) zum Politikverständnis von Gewerkschaftlerinnen, in dem sie Ergebnisse einer von ihr, Nicola Poppe und Regine Marquardt durchgeführten Studie zusammenfaßte. Die Auswertung der Interviews mit Gewerkschaftsfrauen weist auf ein Politikverständnis hin, das sich nach Ansicht der Autorinnen gegenüber dem in der Gesellschaft gängigen Konzept „kritisierend“, „korrigierend“ und „ergänzend“ verhält. Kritisierend wirkt ihre Infragestellung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die gesellschaftspolitischen Gestaltungsansprüche im Rahmen der Gewerkschaften sowie die Haltung, daß nur Betroffene darüber entscheiden können, was ihre Interessen sind und wie sie sie vertreten wollen. Die Gewerkschaftsfrauen handeln nach einem Konzept, in dem Makropolitik und Mikropolitik nicht als zwei voneinander abgeschlossene Handlungsbereiche betrachtet werden. Gesellschaftsveränderung und Selbstveränderung gehen Hand in Hand. Erweitert wird der gewerkschaftliche Themenkanon um „Frauen-Interessen“. Hierbei entfernen sie sich von einer „reinen Stellvertreterpolitik“. Ihr Politikverständnis ist nicht institutionell verengt. Sie suchen die Kooperation mit Nicht-Gewerkschaftsfrauen, Gruppen, Institutionen sowie mit neuen sozialen Bewegungen. Bezeichnend für die Gewerkschaftsfrauen ist, daß sie vom Lebenszusammenhang der Frauen ausgehen, wobei die traditionellen Grenzen zwischen Beruf und Familie sowie zwischen Produktions-/Öffentlichkeitssphäre und Privatbereich systematisch überschritten werden. „Das Private und Persönliche ist politisch“ – ist bei diesen Frauen mehr als nur eine feministische Losung. In den Interviews war dies ein zentrales Thema.

In Anschluß an Helga Bildens Beitrag berichtete Virginia Penrose (Berlin) von Ergebnissen ihrer 1992 abgeschlossenen Forschungsarbeit über das Gesellschaftsspezifische und das Geschlechtsspezifische am Politikverständnis ost- und westdeutscher Politikerinnen. Für einige Teilnehmerinnen neu und besonders anregend war ihr Forschungsansatz, demzufolge Politikverständnis und politisches Verhalten von Politiker/inne/n maßgeblich von gesellschaftlichen und politischen Strukturen beeinflusst sind. Normen und Zwänge des Staatssystems werden individuell verarbeitet und im Laufe des Verinnerlichungsprozesses in Präferenzen verwandelt. In dem ersten Teil ihres Kurzvortrages zeigte die Politologin bedeutende systemspezifische Differenzen im Politikverständnis ost- und westdeutscher Politikerinnen auf, die als Ergebnis der bewußten und unbewußten Auseinandersetzung mit parteipolitischen Strukturen des jeweiligen Gesellschaftssystems zu erkennen sind. Im zweiten Abschnitt wies sie auf die unterschiedliche Bedeutung des „Frau-Seins“ für Politikerinnen in der ehemaligen BRD und DDR hin. Nicht strukturelle Bedingungen parteipolitischer Rekrutierungsprozesse, sondern das Verhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Weiblichkeitsbild und herrschenden Politikverständnis sei für diese Differenzen ausschlaggebend.

Der dritte und letzte Themenblock beschäftigte sich mit Methodenfragen. Elke Heinsen (Berlin) begann mit einem Impulsreferat über die

Problematik des Aufbaus und der Auswertung von Expertinnen-Interviews. Sie bezog sich hierbei auf eine empirische Untersuchung zu Tätigkeiten und Wirkung der acht Berliner Senatorinnen der rot-grünen Landesregierung (1989–1991), die sie zusammen mit Claudia Bernadoni durchgeführt hatte. Von den hier gesammelten Erfahrungen ausgehend, stellte die Soziologin – in einem leider z. T. schwer verständlichen Sprachstil – einige Thesen zur Diskussion: Durch ihre „doppelte“ Fragestellung nach systembedingten, allgemein geltenden Handlungsanforderungen und nach frauenspezifischen Erfahrungen und Sichtweisen erweist sich eine qualitative Studie über Expertinnen aus Politik und der politischen Verwaltung als komplexe Aufgabe. Sprechhaltungen politischer Expert/inn/en wie „kalkulierte Darstellung“ und „Selbstoptimierung“ lassen die Frage nach der kommunikativen Qualität des Interviews aufkommen (also, die heikle Frage: „Erzählen sie die Wahrheit oder nicht?“). In diesen unter politisch Tätigen gängigen Sprechhaltungen glaubt Elke Heinsen auch gezielte – und demnach auch interpretationsbedürftige – Kommunikationsstrategien der Expertinnen zu erkennen. Der Versuch, ihre individuelle Bedeutung zu klären, könne nur mit Hilfe gezielter Verständnisfragen im Interview erreicht werden, was jedoch das Vertrauensverhältnis zwischen Interviewer/in und Interviewter/Interviewtem im Gespräch unter Umständen gefährde. In der kombinierten Anwendung unterschiedlicher empirischer Methoden („Methodenmix“: z. B. Expertinnen-Interview mit Betroffenen-Interviews, „crosschecking“ und Sekundäranalyse schriftlicher Quellen) sieht Elke Heinsen dagegen eine bessere Möglichkeit, Informationen zu prüfen und Lücken zu füllen.

Regine Marquardt (Esslingen) bot uns in ihrem Referat zunächst einen Überblick der – noch wenig – vorhandenen Biographien politisch engagierter Frauen. Anhand von Arbeiten älterer sowie jüngerer Jahre wies sie auf die stark wertenden, ideologisch geprägten Interpretationen der Autor/inn/en hin. Offen kritisierte sie Historiker/innen, die an den Quellen „kleben bleiben“ und methodisch wenig reflektieren. Gerade bei den Lebensläufen politisch engagierter Frauen würde zu schnell und undifferenziert zu gängigen Frauenbildern gegriffen. Die Sozialwissenschaftlerin konnte und wollte den Teilnehmerinnen kein fertiges Bild einer brauchbarer Methodik liefern, und warf stattdessen mehrere Fragen auf: Dringend notwendig sei eine inhaltsanalytische Auswertung der Quellen unter Berücksichtigung weiblicher Lebensbedingungen, aber wie könnten Kategorien aussehen, nach denen man eine individuelle Biographie analysiert? Gibt es eine „weibliche Normalbiographie“?

Der abschließende Beitrag von Hilke Rebenstorf (Berlin) glich – auch nach ihrer eigenen Darstellung – weniger einem Referat als einem Plädoyer. Kurz und bündig forderte sie die Teilnehmerinnen dazu auf, die quantitative Forschung „zurückzuerobern“. Die Empirikerin räumte ein, daß sich feministische Sozialwissenschaftlerinnen Ende der 80er Jahren aus guten Gründen von der quantitativen Methodik ab- und der qualitativen zugewendet hatten: Im Bereich der empirischen Sozialforschung wird mit einem Gesellschafts- und

Menschenbild gearbeitet, das sich als „zu eng“ erweist, um weibliches Verhalten in der Politik zu erklären, da standardisierte Fragenkataloge vom männlichen Lebenslauf als Norm ausgehen. Die Konzentration auf externe, quantifizierbare Einflußfaktoren – z. B. zur Erklärung der Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik – verführte zur Vereinfachung und Globalisierung weiblichen Verhaltens. Gerade feministische Sozialforscherinnen sahen in der qualitativen Methode als einem explorativen und thesengenerierenden Verfahren eine Alternative. Hilke Rebenstorfs Plädoyer löste viel Widerspruch aus: Elke Heinsen begründete ihre Ablehnung dieser Aufforderung damit, daß feministische Sozialforscherinnen immer noch am Anfang ihrer Bemühungen stehen, realitätsnahe Erklärungen für Denkstrukturen und Verhaltensweise politisch aktiver Frauen zu finden. Die qualitative Methode würde auch die interessanteren Forschungsergebnisse hervorbringen. Virginia Penrose brachte in die Diskussion ein, daß das Kombinieren von qualitativen und quantitativen Methoden die Idealösung für empirische Forschung sei, doch leider ließen knappe Forschungsgelder solches Vorgehen nur selten zu.

Besonders angenehm war die Tagung durch ihre offene, tolerante Stimmung und dem kollegialen Umgang zwischen den Teilnehmerinnen. Der interdisziplinäre Dialog, der, weil auch wir ihn nur selten praktizieren, sicherlich Anlaß zu verschiedenen Mißverständnissen geben kann und deshalb öfter geübt werden sollte, erwies sich als besonders fruchtbar. Deutlich wurde dabei, wie wichtig die Anwendung vielfältiger Methoden in jedem einzelnen Fach ist – „Methodenmix“ nannte es die Berliner Soziologin Elke Heinsen –, um den komplexen Anforderungen unserer Forschungsgebiete gerecht zu werden. Zusammengefaßt kann diese Veranstaltung als voller Erfolg betrachtet werden.